

## Protokoll

über die 24. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Wedel am Montag  
dem 05.10.2015, im Sitzungsraum Caudry des Rathauses

---

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:05 Uhr

### Anwesend:

#### CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener  
Herr Christian Fuchs  
Frau Heidemargret Garling  
Herr Michael C. Kissig  
Herr Peter Kramer  
Herr Michael Schernikau

Fraktionsvorsitzender  
1. stellv. Bürgermeister bis TOP 7.2  
stellvertretend für Herrn Kramer ab TOP 7.2

#### WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan  
Frau Renate Palm

Ausschussvorsitzender  
in Vertretung für Herrn Schnieber

#### Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer  
Herr Olaf Wuttke

Fraktionsvorsitzender

#### SPD-Fraktion:

Frau Sophia Jacobs-Emeis  
Herr Wolfgang Rüdiger

Fraktionsvorsitzende

#### FDP-Fraktion:

Herr Waldemar Herrmann

#### Fraktion DIE LINKE:

Herr Johannes Schneider

in Vertretung für Herrn Dr. Murphy

#### Jugendbeirat:

Herr Christian Koch

#### Umweltbeirat:

Herr Jens Peyn

#### Verwaltung:

Herr Jörg Amelung  
Herr Manuel Baehr

---

Protokoll der 24. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses  
vom 05.10.2015

---

|                         |                 |
|-------------------------|-----------------|
| Frau Angela Gärke       | Justiziarin     |
| Herr Thomas Jung-Pünjer |                 |
| Herr Niels Schmidt      | Bürgermeister   |
| Herr Volkmар Scholz     |                 |
| Frau Rebecca Thoß       | Schriftführerin |

Es fehlte entschuldigt:

WSI:

Herr Andreas Schnieber 2. stellv. Bürgermeister

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy Fraktionsvorsitzender

Um 19:00 Uhr begrüßt der Vorsitzende Herr Dr. Bakan alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Herr Wuttke möchte wissen, was die nicht-Öffentlichkeit der Tagesordnungspunkte 9-11 (Grundstücksangelegenheiten am Steinberg, BusinessPark Elbufer-Marketingmaßnahmen, Nordumfahrung - Ingenieurauftrag Infrastrukturplanung) rechtfertigt. Dazu erklärt Herr Schmidt, dass die Beratung zur Vorlage „BusinessPark Elbufer- Marketingmaßnahmen“, soweit keine vertraulichen Daten genannt werden, öffentlich erfolgen kann. Herr Amelung ergänzt, dass die Vorlage „Grundstücksangelegenheiten am Steinberg“ vertraulich beraten werden sollte, da sonst schützenswerte Interessen der Stadt gefährdet seien.

Der Vorsitzenden schließt die Öffentlichkeit zur weiteren Diskussion über die nicht-öffentliche Beratung der Tagesordnungspunkte 9-11 aus.

Die Öffentlichkeit wird von Herrn Dr. Bakan wieder hergestellt.

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

### **Beschluss**

**Die Tagesordnungspunkte „Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 23. nichtöffentlichen Sitzung vom 07.09.2015“ und „Mitteilungen und Anfragen“ sind unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.**

Nun stimmt der Ausschuss über die nicht-Öffentlichkeit des TOP „Grundstücksangelegenheiten am Steinberg“ ab. Mit einem Abstimmungsergebnis von 8:5:0 (ja/nein/Enthaltungen) ist der Ausschluss der Öffentlichkeit abgelehnt.

**Der TOP „Grundstücksangelegenheiten am Steinberg“ wird öffentlich beraten.**

Jetzt beschließt der Ausschuss einstimmig:

### **Beschluss**

**Der TOP „BusinessPark Elbufer - Marketingmaßnahmen“ ist unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.**



Nunmehr stimmt der Ausschuss über die nicht-Öffentlichkeit des TOP „Nordumfahrung - Ingenieurauftrag Infrastrukturplanung“ ab. Mit einem Abstimmungsergebnis von 5:5:3 (ja/nein/Enthaltungen) ist der Ausschluss der Öffentlichkeit abgelehnt.

**Der TOP „Nordumfahrung - Ingenieurauftrag Infrastrukturplanung“ wird öffentlich beraten.**

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

- 1.) Einwohnerfragestunde
- 2.) Anhörung der Beiräte
- 3.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 23. Sitzung vom 07.09.15
- 4.) Schriftliche Anfragen
- 5.) Bildung des Gemeindeabstimmungsausschusses für den Bürgerentscheid am 29.11.2015  
Vorlage: BV/2015/110
- 6.) Umbau- und Erweiterungsarbeiten EBG (abgeschlossen 2013);  
hier: Finanzielle Restabwicklung  
Vorlage: BV/2015/100
- 7.) Mitteilungen und Anfragen
  - 7.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
  - 7.2 Getränkeversorgung im Rathaus  
Vorlage: MV/2015/089
  - 7.3 Fraktionszuwendungen  
Vorlage: MV/2015/090
  - 7.4 Öffentlichkeit/nicht Öffentlichkeit von Sitzungen  
Vorlage: MV/2015/091
- 8.) Grundstücksangelegenheit am Steinberg  
Vorlage: BV/2015/094
- 9.) Nordumfahrung - Ingenieurauftrag Infrastrukturplanung  
Vorlage: BV/2015/106

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 10.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 23. nichtöffentlichen Sitzung vom 07.09.2015
- 11.) BusinessPark Elbufer - Marketingmaßnahmen  
Vorlage: BV/2015/105



## **12.) Mitteilungen und Anfragen**

### **12.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen**

## **13.) Unterrichtung der Öffentlichkeit**

### **1.) Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

### **2.) Anhörung der Beiräte**

Herr Koch berichtet, dass der Jugendbeirat ein Wochenende außerhalb von Wedel tagen wird. Dort werden die nächsten Schritte, unter Berücksichtigung der Wahlversprechen, geplant.

Der Umweltbeirat hat nichts zu berichten.

### **3.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 23. Sitzung vom 07.09.15**

Herr Kissig möchte unter TOP 4.2, 5 Absatz, erster Satz die Ergänzung „.... der anderen Ratsmitglieder ist, insbesondere gegen die Einrichtung einer Notunterkunft auf diesem Gelände in der Feldstraße. Dennoch könnte die CDU-Fraktion....“

Weiterhin bittet er um die Ergänzung unter TOP 5, 4. Absatz, 4. Satz „...gibt es aus der Verwaltung Signale, dass....“

Der Ausschuss beschließt mit 10:0:3 (ja/nein/Enthaltungen)

### **Beschluss**

Das öffentliche Protokoll wird mit den genannten Änderungen genehmigt.

### **4.) Schriftliche Anfragen**

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

### **5.) Bildung des Gemeindeabstimmungsausschusses für den Bürgerentscheid am 29.11.2015 Vorlage: BV/2015/110**

Die Fraktionen benennen Ihre Vorschläge.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Wedel wählt in den Gemeindeabstimmungsausschuss für den Bürgerentscheid „Grünfläche Feldstraße/Rudolf-Breitscheid-Straße“ am 29.11.2015:



|                           |                            |
|---------------------------|----------------------------|
| 1. Beisitzer:             | Stellvertreter:            |
| <u>Michael Schernikau</u> | <u>Stephan Schwartz</u>    |
| 2. Beisitzer:             | Stellvertreter:            |
| <u>Michael Kissig</u>     | <u>Lutz Degener</u>        |
| 3. Beisitzer:             | Stellvertreter:            |
| <u>Andreas Schnieber</u>  | <u>Dr. Stephan Bakan</u>   |
| 4. Beisitzerin:           | Stellvertreter:            |
| <u>Gudrun Jungblut</u>    | <u>Rainer Hagendorf</u>    |
| 5. Beisitzer:             | Stellvertreterin:          |
| <u>Manfred Eichhorn</u>   | <u>Sophia Jacobs-Emeis</u> |
| 6. Beisitzer:             | Stellvertreter:            |
| <u>Johannes Schneider</u> | <u>Dr. Detlef Murphy</u>   |
| 7. Beisitzer:             | Stellvertreterin:          |
| <u>Martin Schumacher</u>  | <u>Renate Koschorrek</u>   |
| 8. Beisitzer:             | Stellvertreter:            |
| <u>Friedhelm Kruse</u>    | <u>Steffen Abel</u>        |

- 6.) Umbau- und Erweiterungsarbeiten EBG (abgeschlossen 2013);  
hier: Finanzielle Restabwicklung  
Vorlage: BV/2015/100

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

Beschluss:

Der Rat beschließt, für die finanzielle Restabwicklung des in den Jahren 2012 bis 2013 erfolgten Umbaus der damaligen Regionalschule Wedel und heutigen Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule (hier: 11. BA, Foyer und Außenfahrtstuhl) insgesamt 33.360 € im Budget 2182-02703 außerplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

Die Deckung erfolgt zum einen durch Verringerung des Budgets 5730-01702 (Investitionen Bauhof, hier: Bau eines neuen Salzlagers) um 14.160 € und zum anderen durch Verringerung des Budgets 2182-01707 (Kauf von 2 Klassenraum-Containern für die Gebrüder-Humboldt-Schule) um 19.200 €.

- 7.) Mitteilungen und Anfragen
- 

**7.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen**TSV- Flüchtlingsunterbringung

Herr Schmidt berichtet, dass der TSV der Flüchtlingsunterbringung im Gebäude zugestimmt habe. Die Lage sei dringend, denn in Schleswig Holstein rechnet man bis Ende des Jahres mit der Ankunft von weiteren 36.000 Flüchtlingen. Bis Ende des Jahres könnten die Kapazitäten in Wedel dafür ausreichen, diese werden jedoch knapp.

Haus Sonnenschein- Flüchtlingsunterbringung

Den Vertrag für das Haus Sonnenschein habe er heute unterschrieben, so Herr Schmidt.

Fünf-Städte-Heim Hörnum - Flüchtlingsunterbringung

Herr Schmidt erklärt, dass das Fünf-Städte-Heim Hörnum nur genutzt werden kann, wenn sowohl Hörnum als auch der Kreis Nordfriesland zustimmen. Er würde gerne diese Unterbringung dann auf das Kontingent des gesamten Kreises Pinneberg anrechnen lassen, so dass sich überall eine Entlastung einstellt.

To-Do-Liste

Herr Amelung geht die, ans Protokoll gehängte, To-Do-Liste für den HFA durch. Zum ersten Punkt liefert die Verwaltung die Vorlage noch dieses Jahr. Der Zweite, Dritte und Fünfte wird in der heutigen Sitzung behandelt. Viertens kommt im nächsten Jahr, sowie zu Sechstens und Siebtens auch noch etwas kommen wird. Zu Punkt 8 erklärt er, dass andere Kommunen und Mittelstädte selten eine Anhandgabe machen. Aus seinem Treffen wisse er, dass keine Mittelstadt in Schleswig Holstein eine Anhandgabe macht. Er sagt zu eine Antwort bzw. die Liste an das Protokoll zu hängen.

Bürgermeisterwahl

Frau Jacobs-Emeis möchte wissen ob es weitere Bewerber für den Posten des Bürgermeisters gibt.

Es gebe 6 Bewerber, so Herr Amelung. Zwei davon erfüllten jedoch nicht die Voraussetzungen und zwei andere müssten noch eine Unterschriftenliste einreichen oder sich über eine Partei aufstellen lassen.

*Herr Schernikau betritt den Raum.*

**7.2.) Getränkeversorgung im Rathaus**

**Vorlage: MV/2015/089**

Herr Kissig bedankt sich bei der FDP für die konstruktiven Vorschläge und könnte sich mit dem zweiten Vorschlag anfreunden. Bei dieser Variante würde sich nicht viel ändern, da die Kühlschränke sowieso befüllt werden müssten, so Frau Jacobs-Emeis. Herr Kissig erklärt, dass es schon einen Unterschied mache, da die Mitarbeiter nicht länger bleiben müssten um frischen Kaffee zu kochen und Saft sei teurer als Wasser.

Herr Dr. Bakan kann sich ebenfalls Vorschlag zwei vorstellen. Herr Wuttke erklärt, dass er auf heiße Getränke verzichten könnte.

*Herr Kramer verlässt die Sitzung. Herr Schernikau nimmt als Stellvertreter Herrn Kramers den Platz ein.*

Herr Dr. Bakan fasst zusammen, dass sich, abgewandelt von Vorschlag zwei, ein Stimmungsbild ergibt keine Heißgetränke weiterhin anzubieten, es solle jedoch mehr als nur Wasser geben.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.



### **7.3.) Fraktionszuwendungen** **Vorlage: MV/2015/090**

Herr Rüdiger erklärt für die SPD, dass es ihm egal sein welcher Vorschlag zum Tragen kommt, er würde jedoch den Dritten bevorzugen.

Herr Kissig liest aus der Vorlage die Bemerkung des Landesrechnungshofes von 1985 vor: „Als bedenklich sind die von fast allen Kommunen neben den nach der Mitgliederzahl bemessenen Zahlungen gewährten Pauschalbeträgen anzusehen.“ Aus diesem Grund ist er für Vorschlag eins, könne sich jedoch auch als Kompromiss Vorschlag zwei vorstellen. Der Dritte käme jedoch für ihn gar nicht in Frage.

Herr Herrmann erklärt, dass die kleineren Fraktionen bei einer Umlage meist benachteiligt sind, während die Grundkosten jedoch dieselben wie bei großen Fraktionen seien. Er findet diese Stufung für die kleineren Fraktionen unsolidarisch. Darauf antwortet Herr Kissig, dass mit Fraktionszuwendungen Dinge wie Druckerkosten oder Zeitungen abgegolten seien. Pro Person bekämen die kleineren Fraktionen mehr Zuwendungen als die Großen. Herr Schneider antwortet darauf, dass die Zuwendungen für die gesamte Fraktion da seien, also auch für die bürgerlichen Mitglieder. Weniger Zuwendungen würden eine Benachteiligung bedeuten.

Die Arbeit, so Herr Herrmann, wäre jedoch egal bei welcher Fraktionsgröße die Gleiche, so dass bei kleineren Fraktionen der Arbeitsaufwand pro Kopf höher wäre.

Herr Wuttke würde einen Grundbetrag mit einem Aufschlag pro Mitglied fair finden, da die Aufgaben, die anfallen, gleich seien, egal wie groß die Fraktion ist. Er persönlich sei für eine Mischkalkulation mit genaueren Zahlen. Dies jedoch nur, wenn kein Zeitdruck für eine Entscheidung besteht.

Herr Kissig erklärt an Herrn Schneider, dass auch die CDU bürgerliche Mitglieder habe. Er vertrete dieselbe Meinung wie der Landesrechnungshof. Die CDU habe immer mit den Zuwendungen zu kämpfen und hätte bisher noch nie Ende des Jahres etwas zurückgeben müssen, da das Geld immer gerade so reicht.

Herr Dr. Bakan erklärt für die WSI, dass sie keinen bestimmten Favoriten hätten. Er persönlich tue sich immer schwer mit einer Staffelung wie 1-5 Mitglieder und dann einem Grundbetrag. Wenn Vorschlag zwei bevorzugt wird, dann sollten die Fraktionen miteinander darüber sprechen. Im Vergleich zu anderen Kommunen stehen die Wedeler Fraktionen mit ihren Zuwendungen jedoch gut dar.

Herr Kissig schlägt vor, dass der Vorsitzende eine Runde mit Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen koordiniert, ohne Verwaltungsbeteiligung. Ziel soll die Erarbeitung eines konsensfähigen Vorschlags sein. Herr Dr. Bakan erklärt sich dazu bereit. Er wird entsprechend einladen, unter Berücksichtigung des Wunsches von Frau Jacobs-Emeis, sich vor der HFA-, Rats- oder Fraktionssitzung zu treffen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

### **7.4.) Öffentlichkeit/nicht Öffentlichkeit von Sitzungen** **Vorlage: MV/2015/091**

Herr Wuttke nimmt zur Kenntnis, dass vorgesehen ist die Geschäftsordnung anzupassen. Er wünscht sich dahingehend jedoch ein schnelleres Vorgehen. Herr Rüdiger dankt Frau Gärke. Die Vorlage findet seine Zustimmung und er sei damit zufrieden. Er wünsche sich jedoch auch eine zeitnahe Umsetzung.

Herr Dr. Bakan liest aus der Vorlage vor: „Alle Einladungspunkte von vorneherein erst einmal öffentlich abzulegen ist nicht möglich, da wegen des bestehenden

---

Ratsinformations- und Verteilungssystems mögliche vertrauliche Daten dann nicht mehr vertraulich bleiben.“ Er möchte wissen, ob das System das nicht hergibt und wie man mit den Konsequenzen umgeht. Dazu erklärt Frau Gärke, dass wenn die Verwaltung eine Vorlage als nicht-öffentlich kennzeichnet, diese im System auch nicht-öffentlich angelegt wird. Die Vorlage wäre in so einem Fall weiterhin nicht-öffentlich, auch wenn die Beratung öffentlich sein sollte.

Auf die Frage von Herrn Schneider, ob über jeden Punkt einzeln abgestimmt werden muss, antwortet Frau Gärke, dass auch en bloc abgestimmt werden darf sofern keiner widerspricht. Sollte jedoch eine Person dem widersprechen, so muss jeder Tagesordnungspunkt einzeln abgestimmt werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

**8.) Grundstücksangelegenheit am Steinberg**  
**Vorlage: BV/2015/094**

*Frau Gärke und Herr Jung-Pünjer verlassen die Sitzung.*

Herr Dr. Bakan bittet darum in der Beratung keine vertraulichen Daten zu nennen.

Herr Kissig erklärt, dass ihm Variante 3, die Stadt vergibt das Grundstück im Wege des Erbbaurechtes, zu schlank formuliert sei. Stadtentwicklung müsse man langfristig betrachten, daher hätte er in diesem Fall gerne genauere Erläuterungen, um entscheiden zu können. Er würde jedoch ungern den Tagesordnungspunkt vertagen wollen.

Herr Baehr erläutert, dass ihm eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung aus dem Fachdienst Finanzen vorliege. Aufgrund des Vergaberechts könnte die Stadt selbst nicht so schnell bauen. Bei der 3. Option würde die Vergabe im Wege eines Erbbaurechts stattfinden. In dieser Zeit könnte der Erbbauberechtigte das Grundstück und Gebäude genauso nutzen. Wenn diese Option genutzt wird fallen für die Stadt erst nach 20 Jahren Kosten an, allerdings würde der Erlös für das Grundstück fehlen.

Bei einem Kostenvergleich, so Herr Baehr, schneidet das Erbbaurecht schlecht ab. Bei einem Verkauf erhält die Stadt einen Erlös, daher ist bei der Betrachtung der Wirtschaftlichkeit diese Variante besser. Das Grundstück wäre dann veräußert und die Stadt würde die Wohnungen anmieten. Er gehe davon aus, dass ein Investor schneller bauen kann, als die Stadt.

Herr Kissig merkt an, dass er Zahlen für seine Entscheidung braucht und bittet darum diese zum Rat zu liefern. Er möchte die Entscheidung langfristig betrachten und könnte sich vorstellen, dass wenn der Bedarf diese Flüchtlingsunterkunft zu nutzen nicht mehr da ist, das Gebäude anderweitig genutzt werden könnte. Er wünscht sich dort eine Notunterkunft zu bauen, möchte aber wissen zu welchen Konditionen.

Frau Borgmeyer schließt sich dem Wunsch nach der Notunterkunft an, möchte aber wissen was schneller gehen würde. Sie erklärt, dass dann auch andere Standorte betrachtet werden sollten.

Herr Wuttke möchte keinem Verkauf zustimmen und lieber das Eigentum bei der Stadt lassen, da vielleicht irgendwann dort auf dem Grundstück der Bau einer Halle möglich wäre.

Herr Kissig erklärt, dass der Kreditrahmen der Stadt nicht belastet werden würde, wenn Interessenten für die Stadt bauen.

Herr Schmidt erläutert, dass eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung schwierig sei, da sie auf Annahmen basiere. Je nachdem wie diese ausfallen ändert sich auch das Ergebnis. Die



Variante mit dem Erbbaurecht wird wegen der langen Laufzeit als unwirtschaftlich angesehen. Er könne jedoch genauere Zahlen zum Ältestenrat liefern.

Herr Rüdiger äußert den Wunsch das Grundstück im Besitz der Stadt zu lassen.

Auf die Frage von Frau Jacobs-Emeis, ob auch eine kürzere Zeit für das Erbbaurecht möglich sei, antwortet Herr Baehr, dass die Zeitspanne frei gestaltbar sei. Üblich seien Laufzeiten für Erbbaurechte von 99, 75 oder auch 66 Jahren. Grundsätzlich sind auch kürzere Laufzeiten denkbar. Es sei aber sehr fraglich, ob dafür ein interessierter Investor gefunden werden könnte. Herr Fuchs stellt ebenfalls die Frage in den Raum, ob es überhaupt einen Investor zu diesen Konditionen, dass der Investor baut und die Stadt die Wohnungen anmietet, gibt.

Herr Wuttke merkt an, dass die Entscheidung zum Verkauf auch eine Europaweite Ausschreibung bedeuten würde. Auch dieses bräuchte Zeit.

Herr Kissig möchte die Informationen nicht zum Ältestenrat, sondern er wünscht sich eine Beschlussvorlage zum Rat. Wenn die Unterkunft 40 Jahre genutzt werden könnte, dann könnte die Stadt die alten hässlichen Gebäude entfernen, erneuern oder ersetzen. Diese Entscheidungsalternativen müssten zum Rat da sein, besser jedoch vorher per E-Mail.

Frau Palm bezieht sich auf die Passage in der Vorlage über die Entscheidung des Innenministeriums. Sie möchte wissen, ob das Verfahren dadurch möglicherweise gestoppt werden könnte.

Frau Borgmeyer bittet darum die Alternative des eigenen Bauens nicht komplett aus dem Blick zu verlieren. Vielleicht könne man die Kosten senken durch einen Fertigbau oder Ähnliches. Darauf antwortet Herr Schmidt, dass Einiges dagegen spricht, wie die Kapazitäten oder der Haushalt. Herr Kissig entgegnet, dass es wie damals bei den Sozialpädagogen oder derzeit mit den Containern sei. Wenn alle gleichzeitig etwas wollen, wie ein Fertighaus beispielsweise, so steigt der Preis oder wie bei den Containern gibt es nur endliche Stückzahlen, die gekauft werden können.

Herr Schmidt sieht, dass mehrheitlich die Tendenz zum Erbbaurecht geht und dies als Alternative noch einmal genauer erklärt werden sollte. Er möchte jedoch im Rat eine klare Aussage was die Stadt machen soll.

Frau Jacobs-Emeis schlägt vor den Bau in der Feldstraße umzuswitchen auf den Steinberg. Die Möglichkeit besteht, die Haushaltsmittel auf den Steinberg umzuplanen, so Herr Schmidt. Er möchte gerne den Steinberg voran bringen.

*Herr Fuchs verlässt die Sitzung.*

Für Frau Jacobs-Emeis steht der Steinberg als Priorität Nummer eins vor der Feldstraße.

Herr Dr. Bakan fasst zusammen, dass sich für den Verkauf mit einem Investor keine Mehrheit abzeichnet. Die Alternative des Erbbaurechts und Bauens durch die Stadt sollten zum Rat in einer Beschlussvorlage noch einmal genauer erläutert werden. Herr Schmidt sieht die Tendenz der Mitglieder des HFA das Grundstück zu behalten.

*Herr Fuchs kehrt in die Sitzung zurück.*

## **9.) Nordumfahrung - Ingenieurauftrag Infrastrukturplanung** **Vorlage: BV/2015/106**

*Frau Palm verlässt die Sitzung.*



Herr Dr. Bakan erklärt für die WSI, dass sie gegen die Auftragsvergabe seien, da es keine Mittel dafür gebe und der Haushalt dann über den Zeitraum nicht tragfähig wäre. Er halte das Projekt derzeit nicht für notwendig und würde die Umsetzung auf einen späteren Zeitpunkt verschieben, wenn es der Stadt, beispielsweise über Einnahmen durch den BusinessPark, finanziell besser geht. Wie auch im UBF erklärt Herr Wuttke, dass er den Zusammenhang zwischen dem Wohnungsbau und dem BusinessParks nicht sieht. Seine Fraktion sei bereit sich offen mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber zu unterhalten. Herr Rüdiger schließt sich der WSI an, wenn Wedel Nord komme, so ist eine Anbindung notwendig, derzeit jedoch nicht.

Herr Kissig erklärt, dass er die Argumentation von Herrn Dr. Bakan nicht nachvollziehen kann. Interessenten für den BusinessPark würden nur kommen, wenn die Anbindung für das Unternehmen und deren Mitarbeiter gut sei. Wedel unterliege der Mietpreisbremse und da Wohnungen von der Stadt für die Flüchtlingsunterbringung angemietet werden müssen, würde sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Wedel verschärfen. Aus diesem Grund brauche Wedel die Erschließung, denn ohne diese kommen keine Unternehmen.

Herr Herrmann schließt sich der Meinung von Herrn Kissig an. Man sollte vor dem Hintergrund des aktuellen Problems nicht die infrastrukturelle Entwicklung vergessen. Die Anbindung sei eine wichtige Investition und gut angelegtes Geld. Es wäre der Bevölkerung gegenüber unfair die Sache auf Eis zu legen.

Herr Fuchs merkt an, dass es zu Konflikten kommen könnte, wenn die Wohnungen als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden und die Bürgerinnen und Bürger keinen Wohnraum mehr hätten. Irgendwann könnte die Stimmung wechseln und dann gibt es für Flüchtlinge keine Willkommenskultur mehr.

Herr Rüdiger lehnt die Anbindung ab, da eine grundlegende Infrastruktur benötigt wird zu der die S-Bahn, Schulen oder die Feuerwehr gehören. Herr Schneider versteht die Vorlage so, dass Wedel Nord auch ohne den heutigen Beschluss erschlossen werden kann.

Herr Schernikau führt aus, dass es einheitliche Meinung war, dass der städtische Wohnungsbau gefördert werden muss und dazu benötige es eine Infrastruktur, wie diese Straße. Bei einer Erschließung ohne diese Straße würde die B431 noch mehr belastet werden. Der Investor sei bereit die Straße auf seine eigenen Kosten zu bauen, da er die Notwendigkeit erkannt hat. Dies sei eine signifikante Unterstützung.

Herr Schmidt erklärt, dass der Wohnungsmarkt durch die Anmietungen für die Flüchtlingsunterbringung unter Druck gerät. Die Stadt miete nicht jede angebotene Wohnung an, aber natürlich erhöhe sich der Druck. Wedel Nord würde die Situation entlasten. Er sieht, dass die Erwartungen da sind die umsetzbaren Elemente zu verwirklichen, aber auch dafür ist eine Planung notwendig.

*Herr Schmidt verlässt die Sitzung.*

Auf die Frage von Frau Jacobs-Emeis nach der Verkehrslage antwortet Herr Schernikau, dass es eine Verkehrsplanung gebe, in der der Verkehr gezählt wurde und die sich damit beschäftigt. Möglich wäre die Verkehrsplanung auf kleinere umsetzbare Optionen zu stützen.

*Herr Schmidt kehrt in die Sitzung zurück.*

*Herr Amelung verlässt die Sitzung.*



Frau Borgmeyer möchte wissen um welche Ertüchtigungsmaßnahmen es sich hier handelt und ob diese überhaupt einzeln herausgenommen werden können, da sich die Beschlussvorlage auf den Gesamtplan Nordumfahrung bezieht.

Herr Dr. Bakan weist darauf hin, dass die Stadt bezüglich der Kosten aufpassen muss, wie viel von Wedel Nord entwickelt wird, da hier nichts vom Bund erwartet werden kann.

*Herr Amelung kehrt in die Sitzung zurück.*

Herr Kissig erklärt an Herrn Rüdiger, dass es einen Schulentwicklungsplan gebe. Wenn die Stadt Kapazitäten bräuchte, so könnte sie das nutzen was vorhanden ist.

Er erläutert weiterhin an Frau Borgmeyer, dass bei einer Bezahlung durch einen Investor nicht erwartet werden kann, dass der Bund Geld zurück bezahlt. Den Bahn-Tunnel müsste die Stadt nicht bezahlen, da die Bahn zu einer Kreuzungsmaßnahme verpflichtet sei. Wenn das gesamte Gelände erschlossen werden würde, so würde auch die Grundsteuer steigen, was irgendwann eine Refinanzierung bedeuten würde.

Herr Dr. Bakan erklärt, dass er bisher keine Vorlage mit einem Investor gesehen hätte. Vielleicht müsse man den gesamten Zusammenhang betrachten und nur sehr beschränkt ausbauen.

Herr Schernikau erläutert, dass sich ein Investor im Planungsausschuss der Politik vorstellen wolle. Das sei eine gute Chance da es einen Investor gebe und auf der anderen Seite dann die Stadt wäre.

Der Ausschuss stimmt mit 6 Ja / 6 Nein / 0 Enthaltungen über den Beschlussvorschlag ab:

## **Beschluss**

**Der Beschlussvorschlag der BV/2015/106 ist abgelehnt.**

*Frau Palm betritt wieder die Sitzung.*

*Die Öffentlichkeit wird vom Vorsitzenden Herrn Dr. Bakan ausgeschlossen.*

## **13.) Unterrichtung der Öffentlichkeit**

Herr Dr. Bakan informiert die Öffentlichkeit darüber, dass über die Beschlussvorlage zum Thema BusinessPark Elbufer- Marketingmaßnahmen nicht abgestimmt wurde.

Um 22:05 Uhr verabschiedet der Vorsitzende alle Anwesenden und schließt die Sitzung.

\_\_\_\_\_  
Dr. Stephan Bakan  
Vorsitzender

\_\_\_\_\_  
Rebecca Thoß  
Schriftführerin

Datum der  
Unterschrift \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

